

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 01.06.2010**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal, Marktplatz 2, 06100 Halle
(Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 19:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	Vertreter für Herrn Rene Trömel
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Jürgen Zschocke	Verw	
Herr John Dauert	SKE	
Frau Heike Deuerling-Kalsow	SKE	
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE	
Herr Bertolt Marquardt	SKE	
Frau Petra Meißner	SKE	
Herr Andreas Nowottny	SKE	
Herr Michael Rautzenberg	SKE	
Herr Andreas Riemann	SKE	
Herr Thomas Senger	SKE	
Frau Dr. Regine Stark	SKE	

Es fehlen:

Herr René Trömel	DIE LINKE.	Vertreter Herr Erwin Bartsch
------------------	------------	------------------------------

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Aufnahme weiterführende Schulen - Losverfahren für Gymnasien
Vorlage: V/2010/08806

Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur
4.1.1 Beschlussvorlage Aufnahme weiterführende Schulen - Losverfahren für Gymnasien
(V/2010/08806)
Vorlage: V/2010/08955
 - 4.2. Namensgebung einer schulischen Einrichtung
Vorlage: V/2010/08821
 - 4.3. Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Berufsbildenden Schulen für
das Schuljahr 2010/11
Vorlage: V/2010/08817

Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Schulentwicklungsplanung der Stadt
4.3.1 Halle (Saale) für die Berufsbildenden Schulen für das Schuljahr 2010/11
Vorlage: V/2010/08896

Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Schulentwicklungsplanung der Stadt
4.3.2 Halle (Saale) für die Berufsbildenden Schulen für das Schuljahr 2010/11
Vorlage: V/2010/08928
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) für ein kostenloses Mittagessen
in der Kita
Vorlage: IV/2009/08027
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für Förderschulen in der Stadt Halle
(Saale) für das Schuljahr 2011/12
Vorlage: V/2010/08901
 - 7.2. Umsetzung Konjunkturpaket II
 - 7.3. Information über die Erörterung zu den Berufsschulen im Landesverwaltungsamt
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Schachtschneider begrüßt die Mitglieder des Bildungsausschusses und eröffnet um 16:40 Uhr die Sitzung. Es wurde ordnungsgemäß eingeladen und die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Dr. Sitte bittet darum, den Antrag „kostenloses Mittagessen“ zu vertagen.

Frau Dr. Sitte bittet darum, den TOP 4.3 - Vorlage Förderschulen-von TO abzusetzen, da die Vorlage erst am letzten Freitag bei den Ausschussmitgliedern eingegangen ist.

Herr Paulsen bittet darum, den TOP 4.1 zu vertagen.

Herr Kogge antwortet zum TOP 4.1: Es wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben, in welchem geprüft werden soll, was Geschwisterkinder sind. Dieser TOP sollte erst diskutiert werden, wenn das Gutachten vorliegt.

Herr Kogge antwortet zu TOP 4.3: Er kann die Einwände von Frau Sitte verstehen, aber es ist wichtig, die Diskussion zu beginnen. Ein Beschluss muss doch noch nicht gefasst werden.

Herr Schachtschneider fasst zusammen:

- Das Losverfahren sollte auf eine der nächsten Sitzungen verschoben werden. TOP 4.1 sollte erst diskutiert werden, wenn der Prozess vollendet (Herr Paulsen) ist. Der TOP wird auf eine der nächsten Sitzungen verschoben
- TOP 4.2. bleibt.
- TOP 4.3. wird als Information unter TOP 7 geschoben.
- TOP 4.4. wird gemeinsam behandelt mit TOP 4.4.1
- TOP 5.1 wird auf die nächste Sitzung geschoben.

Herr Zschocke weist die Fraktionen darauf hin, dass die Fraktionen für die von ihnen gestellten Änderungsanträge selbst zuständig sind. Die Änderungsanträge müssen durch die Fraktionen in Session eingestellt und ggf. auch geändert werden.

Es gibt Probleme mit Veröffentlichung der Vorlagen im Intranet und Internet. Diese erscheinen teilweise nur im Intranet und nicht im Bürgerinformationssystem.

Herr Kogge antwortet, dass die Stadtverwaltung dabei ist, dieses Problem zu lösen.

Abstimmung:

Einstimmig zugestimmt

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Herr Schachtschneider informiert, dass die Niederschrift aus terminlichen Gründen (Sitzungsintervall zur letzten Bildungsausschusssitzung 3 Wochen) noch nicht vorliegt. Die Niederschrift der letzten und der heutigen Sitzung wird mit den Sitzungsunterlagen für den Bildungsausschuss August verschickt.

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Aufnahme weiterführende Schulen - Losverfahren für Gymnasien Vorlage: V/2010/08806

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Bezugsbeschluss:

Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 (VL-Nr. V/2009/08287) Beschluss des Stadtrates vom 27.1.2010

Beschlussvorschlag:

1. Gemäß § 1, Ziff. 2 der Zweiten VO zur Änderung der VO zur Bildung von Anfangsklassen und zur Aufnahme an allgemeinbildenden Schulen (GVBl. LSA Nr. 10/2010 S. 195 vom 20.4.2010) beschließt der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) in Ergänzung seiner Beschlussfassung vom 27.1.2010 folgende Aufnahmekapazitäten für die allgemeinbildenden Gymnasien und Gesamtschulen:

Giebichenstein-Gymnasium „Thomas Müntzer“	4 Klassen/112 Schüler
J.-G.-Herder-Gymnasium	3 Klassen/84 Schüler ¹⁾
Gymnasium Südstadt	4 Klassen/112 Schüler
Chr.-Wolff-Gymnasium	4 Klassen/112 Schüler
IGS	5 Klassen/140 Schüler
KGS „Ulrich von Hutten“ - Sekundarschulteil	2 Klassen/56 Schüler ²⁾
KGS „Ulrich von Hutten“ - Gymnasialteil	2 Klassen/56 Schüler ²⁾
KGS „Wilhelm von Humboldt“ - Sekundarschulteil	4 Klassen/112 Schüler
KGS „Wilhelm von Humboldt“ - Gymnasialteil	2 Klassen/56 Schüler

¹⁾ Die Aufnahme am J.-G.-Herder-Gymnasium erfolgt alternierend. Im geraden Jahr, beginnend ab 2010/11 werden 3 Klassen und im ungeraden Jahr, beginnend ab 2011/12 4 Klassen aufgenommen.

²⁾ Unter Berücksichtigung § 1, Ziff. 1 der 2. VO zur Bildung von Anfangsklassen und zur Aufnahme an allgemeinbildenden Schulen (GVBl. Nr. 10/2010, S. 195 v. 20.4.2010)

2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) nimmt gemäß der Zweiten VO zur Änderung der VO zur Bildung von Anfangsklassen und zur Aufnahme an allgemeinbildenden Schulen (GVBl. Nr. 10/2010, S. 195 v. 20.4.2010), die durch die Oberbürgermeisterin erlassene Verwaltungsvorschrift der Stadt Halle (Saale) zum Auswahlverfahren zur Aufnahme in den 5. Schuljahrgang der Gymnasien der Stadt Halle (Saale) zum Schuljahr 2010/11 und den nachfolgenden Schuljahren zur Kenntnis.

**zu 4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Aufnahme weiterführende Schulen - Losverfahren für Gymnasien (V/2010/08806)
Vorlage: V/2010/08955**

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. Beschlusspunkt 2 wird gestrichen
2. Beschlusspunkt 3 wird nach dem ersten Satz wie folgt ergänzt:

In der Verwaltungsvorschrift (Anlage 2) wird Punkt 2 b des Auswahlverfahrens gelöscht. Stattdessen wird die Stadtverwaltung beauftragt, gemeinsam mit den Schulen ein Auswahlverfahren zu entwickeln, das dem Gleichheitsgrundsatz nach sachgerechten Kriterien standhält.

Es soll insbesondere

- die inhaltlichen Besonderheiten der Schule,
- eine Geschwisterregelung und
- Härtefälle bei besonderer Nähe der Wohnung zum Schulstandort berücksichtigen.

**zu 4.2 Namensgebung einer schulischen Einrichtung
Vorlage: V/2010/08821**

Die Beschlussvorlage zur Änderung des Namens von GS Seebener Straße in Grundschule „Hans Christian Andersen“ wurde durch Herrn Schachtschneider aufgerufen.

Abstimmungsergebnis:

11 x Ja-Stimmen - einstimmig zugestimmt -

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt, dem Vorschlag der Gesamtkonferenz zu folgen und die Grundschule Seebener Straße in **Grundschule Hans Christian Andersen** umzubenennen.

zu 4.3 Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Berufsbildenden Schulen für das Schuljahr 2010/11 Vorlage: V/2010/08817

Herr Schachtschneider informiert, dass es mehrere Austauschblätter gibt – die Änderungen sind rot gekennzeichnet – die wichtigste Änderung ist das Wort „Fusion“.

Herr Kogge informiert über das Gespräch beim Landesverwaltungsamt – das Wort Fusion – kann in der Vorlage benutzt werden.

Frau Dr. Sitte fragt nach den Konsequenzen für die Umsetzung von Lehrpersonal? Was ist mittelfristig vorgesehen in der Berufsschullandschaft?

Herr Kogge informiert, dass bei der Erörterung im Landesverwaltungsamt die Regional- und Landesklassen angesprochen wurden, es gab mehr Zustimmung; es wurde keine Aussage über die Berufsschullandschaft bis 2020 getroffen – auch zur Auslastung von Ausbildungszentren wurden keine Aussagen getroffen

Herr Zschocke sagt, dass es umfangreiches Material geben wird, das zur Beschlussvorlage mittelfristige Berufsschulplanung ausgereicht wird. Dieses enthält dann auch Zahlenmaterial bis 2020.

Herr Kogge gibt an, dass das Personal in der fusionierten Berufsschule zusammengeführt werden soll.

Herr Paulsen fragt nach, welcher Beschluss gemeint ist, zu dem das umfangreiche Material ausgereicht wird.

Herr Kogge bestätigt, dass es sich dabei um die mittelfristige Berufsschulplanung handelt. Es könne sein, dass hierzu eine Sondersitzung des Bildungsausschusses erforderlich wird.

Herr Paulsen ist der Meinung, dass der Änderungsantrag in der nun vorliegenden Form zuerst abgestimmt werden muss, bevor die Abstimmung zur Berufsschule erfolgen kann.

Abstimmungsergebnis:

9 x Ja-Stimmen

0 x Nein-Stimmen

2 x Enthaltung

- einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag

1. Der Stadtrat beschließt im Rahmen der Schulentwicklungsplanung die Aufhebung der Berufsbildenden Schulen I „Max Eyth“ und der Berufsbildenden Schulen II „Gutjahr“ zum 31.07.2010 gemäß § 64, Abs. 1, SchG LSA.
2. Der Stadtrat beschließt ab 01.08.2010 die Fusion der ehemaligen BbS I Halle (Saale) und BbS II Halle (Saale) zur Berufsbildenden Schulen Halle „Max Eyth“/„Gutjahr“. Die Ausbildungsprofile der aufgelösten BbS I und BbS II sowie das Personal werden in der neuen BbS zusammengeführt.

**zu 4.3.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Berufsbildenden Schulen für das Schuljahr 2010/11
Vorlage: V/2010/08896**

Frau Raab zieht den alten Änderungsantrag zurück und bringt den neuen Änderungsantrag ein.

Frau Dr. Sitte sieht ein Problem mit der Formulierung und möchte keine weitere Option zur Fusionierung abstimmen.

Herr Paulsen teilt die Meinung von Frau Dr Sitte. Sie meint aber der Antrag betrifft die mittelfristige Schulentwicklungsplanung und nicht nur die Fusion.

Frau Raab findet das Thema nicht unpassend, und möchte das Thema beschließen lassen.

Frau Dr. Sitte: möchte dieses Thema erst nach der Vorlage der Schulentwicklungsplanung beschließen – das Wort Fusion sollte nicht (ohne Grundlage)benutzt werden, da es Unsicherheit für das Personal birgt.

Herr Bauersfeld merkt an, das ohne Datenbasis dieser Vorschlag verfrüht ist.

Herr Zschocke informiert, dass beim Landesverwaltungsamt der Gesamtplan erörtert wurde, hier geht es darum, nur einen Auszug (Fusionierung) davon zu bestimmen, da der Gesamtplan erst zum Schuljahr 2011/12 wirksam werden wird.

Herr Marquardt meint, es ist richtig, dass Analyse gemacht wird, jedoch hat sich erst jetzt bei der Uni gezeigt, dass auf die Analysen nicht immer Verlass ist.

Herr Kogge fragt Herrn Marquardt, ob er meint, die Zahlen seien zu positiv und müssen nicht immer so eintreten.

Frau Raab vertritt die Meinung, dass es sich nur um eine Option handelt, diese muss doch nicht ausgeführt werden.

Frau Dr. Sitte: ist der Meinung, dass in dem Antrag Einsparungen oberstes Priorität haben.

Abstimmungsergebnis:

zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Die Beschlussvorlage V/2010/08817

Bezugsbeschluss:

- 1) Schulentwicklungsplanung in der Stadt Halle (Saale) für die Berufsbildenden Schulen im Zeitraum 2010/11 bis 2013/14 (VL-Nr. V/2010/08664)

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Auflösung der Berufsbildenden Schulen II „Gutjahr“ zum 31.07.2010.
2. Der Stadtrat beschließt ab 01.08.2010 das Ausbildungsprofil der BbS I „Max Eyth“ um alle bisher für die BbS II genehmigten Ausbildungsberufe und Bildungsgänge zu erweitern.

wird ergänzt um

3. Der Stadtrat beschließt die Auflösung der Berufsbildenden Schulen III „Dreyhaupt“ zum 31.07.2010.
4. Der Stadtrat beschließt ab 01.08.2010 das Ausbildungsprofil der BbS I, IV und V um alle bisher für die BbS III genehmigten Ausbildungsberufe und Bildungsgänge zu erweitern.
5. Während des Schuljahres 2010/11 prüft die Stadt Halle eine mögliche Schließung von Standorten frühestens zum 31.07.2011.

**zu 4.3.2 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Berufsbildenden Schulen für das Schuljahr 2010/11
Vorlage: V/2010/08928**

Abstimmungsergebnis:

1 x Ja-Stimmen
8 x Nein-Stimmen
2 x Enthaltung - mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag der Stadtverwaltung wird um einen Punkt 3 ergänzt.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Schulentwicklungsplan der Berufsbildenden Schulen bis zur Septembersitzung 2010 im Bildungsausschuss vorzulegen, in dem die gesamte Struktur der haleschen Berufsbildenden Schulen unter Berücksichtigung der Baulichen Zustände, der angebotenen Ausbildungsprofile und der Option weiterer Fusionen zur dauerhaften Bestandssicherung und besseren Systematik der einzelnen Ausbildungszweige erfasst und analysiert werden.

zu 5 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

_zu 5.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) für ein kostenloses Mittagessen in der Kita Vorlage: IV/2009/08027

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Ab dem Kindergarten Jahr 2009/2010 (Beginn: August 2009) stellt die Stadt Halle allen Kindern der Stadt Halle, die im Alter von 1 – 7 Jahren eine Kindertageseinrichtung im Sinne von Krippe und/oder Kindergarten besuchen, ein kostenloses Mittagessen zur Verfügung, sofern es von einem Essenlieferanten gestellt wird (keine Milch-, Milchersatz- oder Babybreinahrung) und die Erziehungsberechtigten die Mittagessenteilnahme ihres Kindes wünschen. Die Kostenfreiheit des Mittagessens gilt in Kindertageseinrichtungen, die sich in freier oder kommunaler Trägerschaft befinden.
2. Die Träger allein (bzw. in Abstimmung mit den Elternkuratorien, wenn es so bei den Trägern geregelt ist) entscheiden über den Essenlieferanten. Die Stadt erstattet dem Träger die entstehenden Kosten für die Versorgung der Kinder mit Mittagessen durch einen entsprechenden Essenanbieter. Im darauf folgenden Jahr kann die Stadt auf eine Preisregulierung in der Weise drängen, dass der Essenlieferant durch den Auftraggeber „Träger...“ ausgeschlossen werden soll, welcher den Durchschnittspreis aller Essenanbieter in der Stadt um mindestens 10 % überschreitet, es sei denn der Anbieter passt seinen Preis entsprechend an.
3. Insofern setzt die Teilnahme an der Kostenfreiheit des Mittagessens bei allen Trägern den Abschluss von 1-Jahresverträgen mit dem jeweiligen Essenanbieter oder das Auslaufen entsprechender Verträge zum 31.07.2010 voraus.
4. Die für die Maßnahme unter Punkt 1 benötigten finanziellen Mittel werden aus dem Verwaltungshaushalt zur Verfügung gestellt.

zu 6 **schriftliche Anfragen von Stadträten**

_zu 7 Mitteilungen

**zu 7.1 Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für Förderschulen in der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr 2011/12
Vorlage: V/2010/08901**

Herr Senger möchte klarstellen, dass der Stadtelternrat ein unabhängiges Gremium ist.

Er ist weder parteilich noch der Verwaltung unterstellt. Er bittet darum dies zu würdigen und zu respektieren. Er verbietet sich, nur weil es parteipolitisch und oder Verwaltungstechnisch nicht passt, dem Vorsitzenden oder dem Gremium einen Maulkorb verpassen zu wollen.

Herr Senger informiert weiterhin, dass er keinen Zugang zum Intranet hat.

Information zur Beschlussvorlage Förderschulen

Herr Kogge erklärt die Besonderheit der Förderschulen in Halle. In manchen Schulbereichen steht nur der nichtzuständige Schulträger zur Verfügung. Es besuchen sehr viele Förderschulkinder anderer Schulträger die Förderschulen in Halle (Saale). In erheblichen Maß werden Schülerinnen/Schüler beschult, die nicht nach Halle gehören, das ist eine Verzerrung (auch der Kosten). Die Schulentwicklungsplanung für die Förderschulen wird für die hallischen Kinder erfolgen und nicht für Kinder, die nicht nach Halle gehören.

Herr Kogge informiert weiterhin, dass die Mittel zur Havariebeseitigung Jägerplatz aus dem neuen Haushalt freigegeben sind und zur Havariebeseitigung verwendet werden können. Das ZGM hat hiervon Kenntnis. Sollte die Schule Jägerplatz unter 90 Kinder fallen, müsste ein Ausnahmeantrag beim Landesverwaltungsamt gestellt werden. Ein Antrag ist bereits gestellt und durch das Landesverwaltungsamt genehmigt wurden. Im September soll die Beschlussvorlage Förderschulen in den Stadtrat eingebracht werden. In dieser Vorlage werden die GB- und körperbehinderten Schulen nicht evaluiert, diese sollen unangetastet bleiben – alle anderen Sachen wurden berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Bezugsbeschlüsse:

- 1) Mittelfristige Schulentwicklungsplanung in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 vom 27.01.2010 (Beschluss-Nr. V/2009/08287)
- 2) Bescheid des Landesverwaltungsamtes vom 31.03.2010 zur Genehmigung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) stimmt, ausgehend von der Beschlussfassung des Stadtrates zur Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Förderschulen der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr 2011/12 zu.

2. Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage der §§ 22, Abs. 4 und 64, Abs., 1 des SchG LSA in seiner gültigen Fassung:
 - 2.1 Abstimmung mit umliegenden Landkreisen mit dem Ziel der trägergenauen Zuordnung von Schülerinnen und Schülern anderer Schulträger/Landkreise in Abstimmung mit dem Landesverwaltungsamt zur Schaffung bestmöglicher Bildungsvoraussetzungen zum Schuljahr 2011/12
 - 2.2 Bestätigung der Bestandssicherheit der Förderschulen Comenius, Fröbel, Pestalozzi (Förderschulen für Lernbehinderte), J. Korczak (Förderschule mit Ausgleichsklassen) und der Sprachheilschule Halle.
 - 2.3 Bestätigung der Aufhebung der in den Punkten 2.4.1, 2.5.1 und 2.6.1 genannten Schulen ab dem Schuljahr 2011/12
 - 2.4 Förderschulen für Lernbehinderte
 - 2.4.1 Aufhebung der Förderschule für Lernbehinderte Jägerplatz zum Schuljahr 2011/12 im Rahmen der Schulentwicklungsplanung und die Schließung zum 31.07.2011
 - 2.4.2 Umsetzung bestehender Klassenverbände und Lerngruppen im Rahmen bestehender Möglichkeiten an andere Förderschulen für Lernbehinderte unter Berücksichtigung des klassenbezogenen Lehrereinsatzes
 - 2.5 Förderschulen mit Ausgleichsklassen
 - 2.5.1 Aufhebung der Förderschule mit Ausgleichsklassen „Chr. G. Salzmann“ zum Schuljahr 2011/12 im Rahmen der Schulentwicklungsplanung und die Schließung zum 31.07.2011
 - 2.5.2 Überweisung des vorhandenen Schülerbestandes zur Aufnahme an die Förderschule mit Ausgleichsklassen „J. Korczak“ unter Berücksichtigung des Beschlusspunktes 2.1
 - 2.6 Sprachheilschulen
 - 2.6.1 Aufhebung der Sprachheilschule „A. Liebmann“ zum Schuljahr 2011/12 im Rahmen der Schulentwicklungsplanung und Schließung zum 31.07.2011
 - 2.6.2 Überweisung des vorhandenen Schülerbestandes zur Aufnahme an die Sprachheilschule Halle unter Berücksichtigung des Beschlusspunktes 2.1
 - 2.7 Förderschulen für Lernbehinderte „Fröbel“ und „Makarenko“
 - 2.7.1 Aufhebung der Förderschule für Lernbehinderte „Makarenko“ zum Schuljahr 2011/12 im Rahmen der Schulentwicklungsplanung und die Schließung zum 31.07.2011
 - 2.7.2 Überweisung des vorhandenen Schülerbestandes zur Aufnahme an die Förderschule für Lernbehinderte „Fröbel“ unter Berücksichtigung des Beschlusspunktes 2.1
3. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die Beschlusspunkte 2.1, 2.4.2, 2.5.2, 2.6.2 und 2.7.2 im engen Zusammenwirken mit dem Landesverwaltungsamt umzusetzen. Das Landesverwaltungsamt, Abt. Schulen, wird um aktive Hilfe und Unterstützung gebeten.
4. Der Stadtrat beschließt die Bestandsfähigkeit der Förderschulen für Geistigbehinderte „Am Lebensbaum“, „Astrid Lindgren“ und „Helen Keller“ für das Schuljahr 2011/12.

zu 7.2 Umsetzung Konjunkturpaket II

- **Frau Müller** informiert zu den Projekten des KII-Programms
 - o Die Bautätigkeit in Büschdorf hat begonnen (TH), der Hortbau läuft planmäßig.
 - o Das Wolff-Gymnasium soll in Ferien Wärmedämmfassade erhalten, die Anlaufberatung dafür ist am 2.6.2010.
 - o Die Arbeiten an der TH-Taubenstraße laufen planmäßig, diese wird zum 30.11.2010 nutzungsfähig sein.
 - o Der Fensteraustausch in der Pestalozzischule wird in den Sommerferien durchgeführt.
 - o Die Ausschreibungen zum Kommunalen Bildungszentrum sind bereits im Amtsblatt gewesen.

- **Herr Krüger** ergänzt:
 - o Pestalozzischule Fenstereinbau: Die Restleistungen werden in der Zeit vom 14.6.2010 bis zum 30.7.2010 am Standort durchgeführt. Das wurde mit Schulleitung so vorbesprochen und liegt terminlich im Plan.
 - o Die Planungen für die GS Kröllwitz und Diesterweg entsprechend des Stadtrates sind im Plan, die Verträge können zeitnah unterschrieben werden. Der Vertrag zwischen Hort und GS Kröllwitz wird Ende Juni erfolgen.

zu 7.3 Information über die Erörterung zu den Berufsschulen im Landesverwaltungsamt

Herr Kogge informiert, dass die Regional- und Landesklassen angesprochen wurden. Es gab mehrheitliche Bestätigungen. Dies war eine Anhörung und es wurde keine Aussage über die Berufsschullandschaft bis 2020 getroffen. Auch zur Auslastung von Ausbildungszentren wurden keine Aussagen getroffen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Dr. Bergner fragt nach, zu welchem Zeitpunkt die Förderschule wieder zurückzieht?

Herr Kogge informiert, dass die Förderschule Jägerplatz zum neuen Schuljahr wieder an den Standort Jägerplatz zieht. Sollte jedoch die Zahl der Kinder unter 90 sinken, muss die Ausnahmegenehmigung beantragt werden.

Frau Dr. Bergner fragt, ob die Investitionen umsonst sind, wenn die Schule keinen Bestand mehr hat?

Herr Kogge antwortet: Die Investition wird nicht umsonst sein, da das Schulgebäude erhalten bleiben soll.

Frau Dr. Bergner hat noch 2 Anfragen. Was ist mit GS Auen und Sek. Fliederweg? Ist bei der GS Kröllwitz alles so vorbereitet, dass der Hort gemeinsam mit GS bauen kann?

Herr Kogge antwortet, das ab 2012 gebaut werden soll.

Frau Müller antwortet: Die Verhandlungen mit dem ZGM, Herrn Bielecke laufen – die TH-Prioritätenliste wird erstellt.

Herr Kogge bittet das SVA künftig solche Unterlagen vor der Ausschusssitzung zur Verfügung zu stellen.

Herr Kogge antwortet zur Frage Kröllwitz: Es muss als Gesamtpaket bearbeitet werden. Einsprüche müssen im Laufe der Baugenehmigung geprüft werden. Es sollten keine Einschränkungen des Schulhofes gemacht werden. Zahlreiche Varianten sind im Gespräch, die Weitläufigkeit des Schulhofes soll erhalten bleiben, der Hort muss auf dem Gelände bleiben.

Herr Paulsen fragt zum Hort Johannes – Kapazitäten des Hortes sollten erweitert werden, da sich die Anzahl der Schülerinnen/Schüler verdoppeln wird. Momentan können keine Betreuungsverträge mit den künftigen Erstklässlern geschlossen werden. Eine Betriebserlaubnis kann nicht beantragt werden. Er fragt nach, wie im nächsten Schuljahr der Betrieb gewährt werden kann?

Herr Kogge antwortet: Er bietet Herrn Paulsen eine schriftliche Beantwortung an. Durch personelle Ausfälle kann die Anfrage jetzt noch nicht beantwortet werden. Die schriftliche Beantwortung wird zeitnah erfolgen.

Herr Bielecke: Eine Lösungssuche hat bereits stattgefunden. Diese gestaltet sich sehr schwierig. Grundlage der Planung des Hortes muss das Raumprogramm sein. Dieses liegt nicht vor und deshalb gibt es Planungsschwierigkeiten.

Herr Schachtschneider: Herr Kogge/Herr Bielecke werden sich abstimmen und, danach wird die schriftliche Beantwortung erfolgen.

Herr Marquardt fragt nach, ob die Aufnahme der Förderschüler im Saalekreis berücksichtigt wurde? Seiner Meinung nach gibt es dort nicht genügend Förderschulen. Jeder Schulträger hat die Aufgabe, die Schüler unterzubringen, wenn der andere Schulträger keine Möglichkeit hat.

Herr Kogge vertritt die Meinung, dass die Planung nur auf Grundlage der halleschen Kinder erfolgen kann. Mit den Kreisen soll auf Landesebene geredet werden – es könne auch über eine höhere finanzielle Beteiligung gesprochen werden

Herr Dr. Diaby: bittet, die Beantwortung an Herrn Paulsen an alle Stadträte zu versenden.

Herr Dr. Diaby: fragt nach der A.-Lindgren-Schule, deren Zustand ist katastrophal. Er fragt nach, wann dort Abhilfe geschaffen wird?

Frau Müller informiert, dass die Lindgren Schule im Investplan aufgenommen ist, allerdings nur für die Brandschutzertüchtigung.

Herr Bielecke erklärt, dass es ein großes Problem ist, da das Gebäude nicht als Schule geeignet ist. Das ZGM steht mit der Schule im Gespräch – die Voraussetzungen dafür sind schlecht.

Herr Senger fragt, wie es sich die Stadt vorstellt, die Förderschüler im Hort unterzubringen? Wann wird das Problem gelöst?

Herr Kogge antwortet, dass mit dem Betreuungsschlüssel (1:25) die Leistung nicht gebracht werden kann. Die Stadt ist in Klärung mit verschiedenen Ministerien – Frau Brederlow hat schon Sondertermine gemacht.

Herr Kogge bittet darum, Anfragen der Eltern ihm sofort zuzuleiten. Er wird dann versuchen, den entsprechenden Druck zu erzeugen.

Herr Senger hat über Herrn Böhnke zur Situation der Sachkundigen Einwohner nachgefragt.

Herr Böhnke teilt mit, dass der Sachkundige Einwohner für einen bestimmten Ausschuss einer bestimmten Fraktion bestimmt wurde. Dieser ist berechtigt, Anfragen zu stellen und alle Unterlagen zu erhalten. Die technische Lage ist so, dass die Sachkundigen Einwohner nicht auf Session und das Intranet zugreifen können. Das geht nur über die eigenen Fraktionen.

Herr Schachtschneider regt an, dass die SEK auf die entsprechenden Bereiche im Intranet zugreifen können.

Herr Kogge ist der Meinung, die Fraktionen sollten die SEK informieren.

Frau Raab fragt, ob die Jägerplatzschule in den Sommerferien zurück an den ehemaligen Standort ziehen wird.

Herr Kogge bestätigt den Rückzug zum neuen Schuljahr.

Herr Lange fragt nach Neuigkeiten zur Schülerbeförderungssatzung und nach der Zukunft des AWT-Zentrums?

Herr Zschocke informiert, dass das Kultusministerium zur Problematik Schülerbeförderung angeschrieben wurde, jedoch noch keine schriftliche Reaktion erfolgte. Am 12.5.2010 wurde telefonisch bei Herrn Eckert nachgefragt, die Reaktion soll Anfang Juni erfolgen – eine Antwort des Kultusministeriums liegt noch nicht vor.

Herr Lange möchte nicht, dass Eltern schlechter gestellt werden und die 100 Euro zahlen müssen.

Herr Kogge sagt, dass eine Variante gesucht wird, die alle halleschen Schülerinnen/Schüler billiger fahren lässt.

Herr Kogge sagt zu, die Antwort zum AWT-Zentrum schriftlich zu formulieren.

Herr Paulsen fragt nach der Schülerbeförderung, woran es gelegen hat, dass die Satzung noch nicht vorliegt.

Herr Kogge sagt, dass der Vorgang in Prüfung ist, ob eine Beteiligung der Eltern möglich ist. Die Antwort des Kultusministeriums ist noch nicht erfolgt.

Herr Paulsen informiert über eine Liste von Mängeln, die in der Fraktion vorliegt und fragt nach, ob diese Liste der Verwaltung bekannt ist. Herr Kogge sagt, dass die Liste nicht bekannt ist. Das Gesundheitsamt ist dann in der Regel vor Ort – dieses war vor Ort, es ist

kein Schimmel antwortet Herr Bielecke – wenn solche Sachen kommen, werden diese dann abgearbeitet

Herr Paulsen fragt nach dem Sinn der Angabe eines Zweitwunsches und danach, wie wird dieser bearbeitet?

Herr Kogge antwortet, dass alle allgemeinbildenden Gymnasien gleich sind und es ja auch Erstwünsche z. B. für eine Privatschule gibt. Der Zweitwunsch ist dann die kommunale Schule. Bei den meisten Schülern hat der Zweitwunsch gegriffen und ist daher nicht unrelevant – Herr Kogge wird die ausführliche Antwort schriftlich geben.

Herr Kneissl sagt, dass die Klage zu Geschwisterkindern bestätigt wurde, die Regelung des Schulweges könnte der Geschwisterkindregelung gleichgestellt werden und fragt nach, ob eine Vorabregelung des Schulweges in Erwägung gezogen werden kann. Herr Kneissl bittet, diesen Sachverhalt rechtlich abzuklären, ob dieser in das Losverfahren aufgenommen werden kann.

Herr Kogge entgegnet, dass die Ermessensgrundlage in dem Urteil ein Schulweg ist, der länger als 60 Minuten dauert.

Frau Dr. Bergner fragt nach der Verpflichtung der GS/des Hortes zur Vorhaltung von Essensplätzen und nach den Regelungen, die eingehalten werden müssen. Weiterhin bittet Frau Dr. Bergner um eine schriftliche Beantwortung ihrer Anfrage zum Planetarium.

Herr Kogge teilt mit, dass die Vorhaltung eines Speiseraumes im Hort nicht vorgesehen ist, die Esseneinnahme erfolgt in der GS.

Herr Senger informiert über die Problematik der sachkundigen Einwohner, dass diese nicht auf das Intranet zugreifen können und damit nicht an alle notwendigen Informationen kommen.

Herr Marquardt ist der Meinung, dass die Vernetzung der sachkundigen Einwohner mit dem Intranet möglich sein sollte.

Herr Kogge/Herr Schachtschneider werden diese Problematik mitnehmen.

Herr Senger informiert über Probleme mit der Milchversorgung und Probleme mit den Versorgern und bittet die Verwaltung um Hilfe für die Schulen, die sich für die Milchversorgung interessieren.

Herr Zschocke erläutert, dass Milchversorgung in Eigenregie der Schulen läuft, die Verträge sind durch die Schulen abzuschließen. Die angesprochenen Probleme wird es sicherlich auch mit der Schulobstversorgung (EU) geben. Herr Zschocke nimmt das Problem mit, denn es findet ein Gespräch mit einer Koordinierungsstelle statt.

Herr Lange bitte darum, an Schulen (die sich für die Milchversorgung interessieren) Informationen zu geben, an welchen Schulen die Milchversorgung bereits gut funktioniert.

zu 9 Anregungen

Herr Schachtschneider schlägt als Termin für eine eventuelle Sondersitzung des Stadtrates den 24.6.2010 vor. Dieser Termin wird von den Ausschussmitgliedern angenommen.

Herr Dr. Diaby – bittet um eine aktualisierte Brandschutzliste.

Herr Lange möchte im 2. Halbjahr das Thema Integration Schüler/Beförderung behinderter Schüler auf die TO setzen lassen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 06.08.10

Jürgen Zschocke
Protokollführer

Andreas Schachtschneider
Ausschussvorsitzender